

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 6. Dezember 2017

Polizei- und Militärdirektion

57 2017.POM.398 Kreditgeschäft GR

Amt für Migration und Personenstand (MIP); Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von zusätzlichen unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA) im Jahr 2017. Zusatzkredit 2017 zum Verpflichtungskredit 2017 bis 2019

~~Antrag SiK-Minderheit (Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg)~~

~~Rückweisung mit folgender Auflage:~~

~~Der Sicherheitskommission wird aufgezeigt, wie und wo und wann die Einsparung von 105 Millionen vollzogen wird.~~

~~Antrag SVP (Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg)~~

~~Rückweisung mit folgender Auflage:~~

~~Dem Grossen Rat ist zuerst aufzuzeigen, wie die Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 betreffend «Kredit für die Asylsozialhilfe 2016–2019» umgesetzt wird.~~

~~Antrag SiK-Minderheit (Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg)~~

~~Ablehnung~~

Präsidentin. Dieses Geschäft wurde von der SiK vorberaten. Wir führen eine freie Debatte. Ich gebe dem Sprecher der Kommissionsmehrheit das Wort.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Kommissionspräsident der SiK. Der Nachkredit, über den wir heute beraten, war in der SiK umstritten. Ich erkläre Ihnen kurz das Geschäft und wie die einzelnen Schritte bis heute ausgesehen haben. Am 1. September 2014 gab der Grosse Rat der Regierung den Auftrag, das Modell «Spezialisierung» für die Betreuung der unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA) umzusetzen. Wir erteilten den Auftrag mit 128 Ja- bei 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen sehr überzeugend und mit wirklich grossem Mehr. Die Regierung nahm die Arbeiten entsprechend auf, arbeitete die nötigen Verträge aus, und das Zentrum Bäregg startete für die UMA. Die SiK stellte damals den Antrag, eine Befristung auf zwei Jahre vorzusehen, weil das Projekt neu und etwas ungewiss war. Der Beschluss betraf also die Jahre 2015 und 2016. Das Geschäft kam ins Rollen, und am 7. September 2015 erweiterten wir dann den Auftrag, weil die UMA-Betreuung mit dem Modell «Spezialisierung» für die Jahre 2017, 2018 und 2019 weitergeführt werden soll. Das ist die Basis, die diesem Geschäft zugrunde liegt.

Der erste Teil wurde mit 6,9 Mio. Franken bewilligt. Man ging jedoch bei den Beschlüssen immer von massiv tieferen Zahlen bei den zu betreuenden, minderjährigen Asylsuchenden aus. Das ist eigentlich auch der einzige und der ausschlaggebende Grund, weshalb wir heute über einen Nachkredit sprechen. Am System wurde also nichts geändert, die Ausführenden haben also genau das gemacht, wozu sie beauftragt worden waren. Nur die Anzahl der Betreuenden hat zugenommen, was mathematisch logisch zu einer höheren Zahl führt. Deshalb stimmen wir heute über diese 12,737 Mio. Franken ab. Das ist der hochgerechnete Betrag für den Rest des Jahres. Anlässlich der Volksabstimmung im Jahr 2017 wurden 105 Mio. Franken abgelehnt. Damals wurde aber in der Botschaft klar gesagt, dass das Geschäft läuft. Man konnte folglich sehen, wie der ganze Mechanismus aufgegleist worden war. Zudem war klar, dass man das Ganze nicht auf einmal in Luft auflösen konnte, nachdem wir zuvor die Regierung mit einer rechtlich klaren Ausgangslage beauftragt hatten und das Ganze mit entsprechenden Verträgen gesichert worden war. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen, den Kredit anzunehmen. Die Argumente der Minderheit hören Sie jetzt von der Minderheitssprecherin.

Präsidentin. Ich gebe somit für die Kommissionsminderheit und als Antragstellerin Grossrätin Gschwend das Wort.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg (SVP), Kommissionssprecherin der SiK-Minderheit. Die SVP beantragt die Rückweisung dieses Kredits. Zuerst spreche ich zum Rückweisungsantrag, und zwar spreche ich zu allen drei Traktanden 57, 58 und 59. Manchmal kommt es mir hier drin schon ein bisschen vor wie im Film «Und täglich grüsst das Murmeltier». Wir diskutieren immer wieder über dasselbe, egal ob das Volk über genau dieses Thema, über genau diesen Kredit bereits einmal abgestimmt hat und man eigentlich meinen könnte, in einer direkten Demokratie sei dieses Thema vom Tisch. Aber nein, wir haben uns getäuscht. Gut sechs Monate nach der Volksabstimmung debattieren wir hier wieder über den genau gleichen Kredit. Das ist eine Umgehung und eine Missachtung des Volkswillens. Man könnte jetzt argumentieren, der Kredit sei so lange nötig, bis neue Lösungen gefunden werden. Aber dieses Argument zieht nicht bei einer Rückweisung mit der Auflage, dem Grossen Rat aufzuzeigen, wie der am 21. Mai 2017 geäusserte Volkswille umgesetzt werden soll. Dieses Argument zieht bei einer Rückweisung einfach nicht. Leider hat uns der Regierungsrat bis jetzt noch keine valable Lösung aufgezeigt, die den Willen des Volkes, den es am 21. Mai 2017 geäussert hat, abbildet. Deshalb bitte ich Sie, den Volkswillen und die Demokratie zu respektieren, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu befolgen und der Rückweisung zuzustimmen, bis uns endlich einmal aufgezeigt wird, wie der Regierungsrat gedenkt, den Kredit, den das Berner Stimmvolk am 21. Mai 2017 abgelehnt hat, einzusparen.

Präsidentin. Nochmals zur Klärung: Wir befinden uns bei Traktandum 57. Wir haben bisher die Kommissionsmehrheit und die Kommissionsminderheit gehört. Jetzt kommen wir zu den Fraktionen. Zuerst hat Grossrätin Gygax für die BDP-Fraktion das Wort.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die hier zur Diskussion stehenden Zusatzkredite – und ich spreche jetzt zu allen drei Krediten –, die die UMA und das Amt für Migration und Personenstand (MIP) betreffen, basieren bekanntlich auf einer Geschichte, die im September 2015 angefangen hat. Damals beschlossen wir hier einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2017 bis 2019 für die Unterbringung von durchschnittlich 140 UMA. Die Regierung beantragte dann einen Verpflichtungskredit bis 2021, und wir kürzten diesen dann auf 2019. Diesem Beschluss lag auch das Konzept «Spezialisierung» für die Betreuung und Unterbringung von UMA zugrunde. Die BDP sprach sich bereits damals einstimmig dafür aus, dass diese UMA nicht mit Erwachsenen in Zentren untergebracht werden sollen. Ich kürze die Geschichte ab, denn wir alle kennen die Details, und der Präsident der SiK hat sie vorhin auch erläutert. Die BDP nimmt das Abstimmungsergebnis nach dem Referendum selbstverständlich ernst. Dass 54 Prozent unserer Stimmberechtigten den Kredit seinerzeit abgelehnt hatten, schaffte aber auch eine spezielle Situation. In der Zwischenzeit sprechen die Prognosen von 400 UMA für das Jahr 2017. Die UMA werden gestützt auf einen Leistungsvertrag zwischen dem MIP und dem Zentrum Bäregg in Langnau von dieser privaten Organisation betreut. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, das Konzept «Spezialisierung» für die Betreuung und Unterbringung der UMA gestützt auf dem in Rechtskraft erwachsenen Verpflichtungskredit und gemäss Beschluss des Grossen Rates vom September 2015 bis Ende 2017 weiterzuführen. Ein neues Konzept zur Unterbringung und Betreuung von UMA sei bereits in Arbeit, und ein entsprechender Kredit für das Jahr 2018 werde dem Grossen Rat für März 2018 in Aussicht gestellt.

Welche Folgen hätte die Ablehnung dieses Kredits? Ein Kredit, bei dem notabene die Auslagen grösstenteils bereits angefallen sind, weil die UMA hier sind, weil die UMA speziell untergebracht sind, weil ein Leistungsvertrag besteht, der noch nicht gekündigt wurde, und – das ist nicht unwesentlich – weil ein Betrag besteht, der im Budget 2017 eingestellt wurde. Es handelt sich dabei also um eine «unaufschiebbare Verpflichtung» beziehungsweise eine Zwangslage im Jahr 2017. Die BDP unterstützte seinerzeit den Kredit und die spezielle Unterbringung und Betreuung von UMA. Deshalb beantragen wir Ihnen auch hier, diesem Zusatzkredit zuzustimmen. Gleichzeitig werden wir auch den beiden nachfolgenden Krediten zustimmen. Was hat SVP-Regierungsrat Neuhaus am Anfang unserer Session in Bezug auf die Fahrenden gesagt? Auch wenn wir dieses Geschäft ablehnen, werden die Fahrenden damit nicht durchsichtig und unsichtbar. Und ein Nein reicht auch nicht aus, damit sie nicht kommen. Im Fall dieser UMA ist es nicht anders, und deshalb sagt die BDP zu allen drei Krediten Ja, mit einem gespannten Blick auf ein neues, von der Regierung in Aussicht gestelltes Konzept im nächsten Jahr – ein Konzept der Regierung, von dem auch die BDP erwartet, dass das erwähnte Abstimmungsergebnis ausdrücklich berücksichtigt und gespiegelt wird.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Wir hören immer wieder dasselbe, Andrea Gschwend, immer wieder dasselbe Gejammer. Es geht doch einfach nur darum, das gegessene Süsspchen nochmals aufzukochen. Man möchte das Süsspchen des Referendums noch einmal aufkochen und dieses dann einmal für die Wahlen gebrauchen. Aber das Hauptinteresse und die Hauptangst ist nicht mehr die Migration, das haben wir gehört. Es geht also um andere Hauptängste in der Bevölkerung. Dieses Süsspchen ist nicht mehr für die Wahlen aufzukochen. Sie haben in der SiK gefragt, ob es hier um einen Nachtragskredit geht, ob wir Nein sagen könnten und der Kredit dann trotzdem gesprochen werde. Es ist völlig klar: Es geht um Geld, das wir bereits im Jahr 2017 ausgegeben haben, und es wäre der grösste Witz, wenn wir diesen Kredit jetzt ablehnen würden. Für die glp ist es wichtig, diese «Spezialisierung» weiterzuführen. Wir können zu diesen 12,7 Mio. Franken Ja oder Nein sagen, sie sind ohnehin bereits ausgegeben. Auch konnten wir im Vortrag lesen, dass der Betrag noch etwas reduziert wird.

Ich spreche auch gerade zu allen drei Vorlagen. Die Vorlage zum Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) ist für uns sehr wichtig. Hier geht es um je rund 400 000 Franken in den Jahren 2017, 2018 und 2019. Ohne SRK und die Rückkehrberatungen kostet es uns viel mehr, weil nämlich die Leute länger bleiben. Wir würden uns wirklich selber schaden, wenn wir dies nicht annehmen.

Noch zur kirchlichen Koordinationsstelle: Es handelt sich um eine Beratungsstelle, die Weiterbildungen anbietet, und auch hier würden wir wahrscheinlich viel mehr bezahlen. Sie versuchen hier wirklich wieder ein Süsspchen aufzukochen. Die glp bittet Sie, alle drei Kredite anzunehmen.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Auch die EVP lehnt die Ablehnungsanträge der SiK-Minderheit und die Rückweisungsanträge der SVP ab. Ich wiederhole, was für uns am wichtigsten ist und was Vorrednerin vorhin bereits gesagt haben. Am 21. Mai 2017 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Bern den gesamten Kredit zur Asylsozialhilfe mit 54,3 Prozent abgelehnt. Der Regierungsrat beantragt uns jetzt, das Konzept «Spezialisierung» für die Betreuung und Unterbringung der UMA gemäss Beschluss des Grossen Rates von 2015 bis Ende 2017 weiterzuführen. Das ist für die EVP nachvollziehbar und sinnvoll. Ein Konzept kann nicht von heute auf morgen umgekrempelt werden. Ein neues Konzept – nach der Volksabstimmung – für die Unterbringung und Betreuung der UMA ab 2018 befindet sich in Ausarbeitung und soll von der SiK seriös vorberaten werden; der notwendige neue Kredit dazu wird dem Grossen Rat im Jahr 2018 vorgelegt. Das ist ein sinnvolles Vorgehen. So kann sich der Grosse Rat im Jahr 2018 gezielt äussern, wie er den Beschluss der Volksabstimmung umsetzen will. Wir lehnen also diese Anträge ab.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Fuhrer das Wort.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP). Ich möchte zuerst etwas zum Rückweisungsantrag sagen. Ich habe leider nicht gezählt, ich weiss nicht, wie oft Sie, Grossrätin Gschwend, in Ihrer Argumentation das Wort «der Wille des Volkes» oder der «Volkswille» erwähnt haben, auf jeden Fall einige Male. Das ist für mich eine etwas einfache Argumentation. Gerade die SVP, die zu diesem Sozialhilfekredit das Referendum ergriffen hat, hat sicher auch so viel politisches Verständnis und politische Kenntnis, dass sie gewusst hat, dass man diese Leute nicht einfach nach dem 21. Mai, nach diesem Volkswillen in Luft auflösen kann. Insofern stellt sich mir die Frage, welcher Gedanke hinter diesem Referendum stand und wie die weiteren Überlegungen diesbezüglich aussahen. Die Rückweisung ist absolut verantwortungslos, wir treten auf dieses Geschäft ein und stimmen diesen Krediten zu.

Das vorliegende Geschäft betrifft die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. Ich spreche nur zu diesem Kredit, zu den anderen Krediten werden Fraktionssprecherinnen der SP-JUSO-PSA-Fraktion sprechen. Wir sprechen hier also von Kindern und Jugendlichen, die ohne ihre Eltern auf der Flucht waren und in der Schweiz gelandet sind. Wir haben hier im Grossen Rat bereits mehrere Male über die Form der Unterbringung und Betreuung der UMA debattiert. Eine grosse Mehrheit des Grossen Rates ist sich der Verantwortung gegenüber diesen unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bewusst. Eine Mehrheit, eine grosse Mehrheit des Grossen Rates ist überzeugt, dass sich frühzeitige Integrationsaktivitäten, altersgerechte Betreuung, Deutschunterricht, das Kennenlernen unserer Sitten und Gebräuche und die Anforderungen unserer Gesellschaft gerade bei den UMA besonders lohnen. Eine frühzeitige Integration lohnt sich nicht nur für die Betroffenen, also für die minderjährigen Asylsuchenden, sondern auch für die Gesellschaft, und zahlt sich mittelfristig auch finanziell aus. Deshalb hat die Mehrheit des Grossen Rates dem Konzept «Spezialisierung» und auch der Finanzierung dieses Konzepts zugestimmt.

Dann wurde das Referendum ergriffen, es folgte die Abstimmung vom 21. Mai 2017, und der Asylsozialhilfekredit wurde abgelehnt. Der gesamte Asylbereich befindet sich zurzeit in Überarbeitung. Einerseits gibt es das Projekt Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE), das 2020, oder vielleicht halt erst 2021, umgesetzt werden soll. Andererseits muss für die Jahre 2018 bis 2020 oder 2021 aufgrund der Ablehnung des Asylsozialhilfekredits das Konzept Unterbringung und Betreuung der UMA angepasst werden.

Beim hier vorliegenden Kredit geht es jedoch darum, das bisherige Konzept «Spezialisierung» im 2017 weiterführen zu können und im Sinne eines Nachkredits 12,7 Mio. Franken zu sprechen. Wir haben jetzt den 6. Dezember. Es ist klar, dass im November das Geld für dieses Jahr bereits ausgegeben und der Spielraum bei der Entscheidung nicht mehr gross ist. Aber auch die SVP-Strategen waren sich bewusst, dass nach der Abstimmung vom 21. Mai nicht ab sofort kein Franken mehr in den Asylbereich fließen wird. Das jetzt hier dargelegte Entrüsten der SVP ist wirklich ein Show-Gebaren. Denn auch die SVP wusste bereits beim Lancieren des Referendums, dass die UMA auch nach dem Abstimmungssonntag weiterhin da sind. Auch wusste die SVP, dass der Kanton Bern mit der Firma Zihler vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist, vertragliche Verpflichtungen, die sich auch nach dem Abstimmungssonntag nicht einfach in Luft aufgelöst haben. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat das Konzept «Spezialisierung» immer unterstützt. Es ist für uns sehr wichtig, und deshalb ist es für uns auch selbstverständlich, dass der Kanton seine gesetzlichen, vertraglichen und menschlichen Verpflichtungen wahrnehmen muss. Wir unterstützen den Kredit selbstverständlich.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion unterstützt diesen Zusatzkredit für die Finanzierung der Unterbringung und Betreuung der UMA. Mit dem gutgeheissenen Referendum gegen den Gesamtkredit für die Asylsozialhilfe haben sich die UMA nicht einfach in Luft aufgelöst. Die Berechnungen für den vorliegenden Kredit basieren auf 400 UMA, die sich in der Obhut des Kantons Bern befinden. Ursprünglich ging man von 570 UMA aus. Die Balkanroute ist inzwischen zu, und die EU bezahlt der Türkei, damit sie Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan und den nordafrikanischen Ländern aufnimmt und zurückhält. Weiter werden Geflüchtete in Libyen festgehalten, wo sie Misshandlungen, Folter und Sklaverei ausgesetzt sind. Menschen werden für einige Hundert Dollar als Sklaven verkauft; wer sich wehrt, wird erschossen. Auch Frauen und Kinder sind in den Gefangenslagern in Libyen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will mit einem Resettlement-Programm Kinder und Frauen aus den libyschen Haftzentren retten. Der Kanton Bern soll sie darin unterstützen und ihr die Aufnahme von Frauen und Kindern anbieten.

Auch sollten sich die Mitglieder des Referendumskomitees, die keine Asylsuchenden im Kanton wollen und jeden Rappen für sie bekämpfen, endlich einmal gegen die Rüstungsgeschäfte einsetzen, die die Schweiz tätigt. Die Schweiz ist gemessen an der Einwohnerzahl weltweit an dritter Stelle punkto Exporte von Kriegsmaterial, und sie mischt mit Investitionen der Pensionskassen kräftig im Geschäft mit. Keine Waffen, kein Krieg, weniger Flüchtlinge, das ist doch ganz einfach. Wenn nur der Profit nicht wäre.

Wie eingangs erwähnt, ist der Zusatzkredit für 400 UMA berechnet, die in unserer Obhut sind. Die Verträge mit der Zentrum Bäregg GmbH, die die UMA betreut, laufen weiter, und allfällige Anpassungen können im laufenden Jahr so oder so nicht mehr vorgenommen werden. Aus diesem Grund lehnen wir die Rückweisung ab. Die Betreuung und Unterbringung der Kinder und Jugendlichen lässt keinen Aufschub zu. Wie es während dieser Session einmal erwähnt wurde, sollten wir die Probleme nicht bewirtschaften, sondern lösen.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte dann den Kommissionspräsidenten noch bitten, die genauen Resultate bekanntzugeben, also wie die Entscheide der Kommission gefällt worden sind. Er sollte nicht nur sagen, es habe einen Mehrheitsentscheid gegeben. Man wird heute ein weiteres Mal nicht müde, uns hier zu kapiteln, wie der Grosse Rat jeweils den Krediten mit der sogenannten «Spezialisierung» zugestimmt hat, und man hat offenbar das Gefühl, man habe überhaupt keinen Fehler gemacht. Heute resultiert hier ein Bruttoaufwand in der Höhe von 35 Mio. Franken für das Jahr 2017. Aber leider hat man die Rechnung mit jemandem nicht gemacht, und man will sie nach wie vor nicht mit diesen Personen machen, was mich persönlich sehr stört. Man hat die Rechnung nicht mit der Bevölkerung gemacht, die am 21. Mai mit 54,3 Prozent den Asylsozialhilfekredit in der Höhe von 105 Mio. Franken abgelehnt hat. Der Polizeidirektor hat – und da hatte er wahrscheinlich keine so glückliche Hand – bereits am Abstimmungssonntag erwähnt: «Wir werden das Geld trotzdem brauchen.» Anstatt den Volkswillen zu respektieren, fand man es nicht nötig, so-

fort mit der Firma Zihler zu verhandeln. Man hatte ja mit dieser Firma einen Vertrag abgeschlossen, und es haben beide Vertragspartner das Recht, miteinander zu sprechen. Man hätte sofort Verhandlungen führen können. Doch befand man, das sei nicht nötig und machte Arbeitsverweigerung. Deshalb stehen wir heute hier und müssen einen Nachkredit von mehr als 12 Mio. Franken behandeln. Es handelt sich dabei notabene um Geld, das der Souverän am 21. Mai abgelehnt hat. Dem kann die SVP-Fraktion nicht zustimmen. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Kanton Bern ist das Volk der Chef.

Was hat man jetzt gemacht? Man prüfte verschiedene Varianten, die uns nur ganz marginale Einsparungen bringen werden. Andere Kantone, und das ist einfach eine Tatsache, können ihre Jugendlichen mit Kosten von täglich zwischen 85 und 91 Franken betreuen. Es geht eben auch günstiger. Es ist auch möglich, den Kinderschutz zu gewährleisten. Es ist nicht so, wie hier gesagt wurde, dass das Geld gebraucht wird. Wenn man jetzt die 17-Jährigen in den ordentlichen Asylstrukturen unterbringen will, könnte man zum Beispiel auch die 16-Jährigen dort unterbringen. So wäre die finanzielle Entlastung grösser. Die SVP lehnt diesen Kredit einstimmig ab. Das Generalsekretariat der SVP prüft zudem eine Beschwerde, da man den Volkswillen nicht respektieren und nicht umsetzen will. Wir leben hier in einer Demokratie. Und es ist nicht so, wie Frau Monika Gygax es gesagt hat. Man hat keinen Willen gehört, und das hat uns gestört. Bisher war absolut kein Wille spürbar, dass etwas gemacht werden sollte. Deshalb kann es so nicht weitergehen, und wir müssen hier etwas tun. Deshalb bitte ich Sie, den Volkswillen zu respektieren und den Kredit abzulehnen.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Die EDU-Fraktion ist sich bewusst, dass das Geld für das Jahr 2017 ausgegeben ist. Aus diesem Grund bringt es nichts, diesen Kredit abzulehnen. Wir stimmen diesem Kredit zu und lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Philippe Müller, Bern (FDP). Ich spreche zu den Traktanden 57 bis 59. Namens der FDP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Krediten zuzustimmen und die Rückweisungsanträge abzulehnen. Ich erinnere daran, dass der Kanton Bern in diesem Zusammenhang eine Vollzugspflicht hat. Er muss die ihm vom Bund zugewiesenen UMA unterbringen. Er ist dazu verpflichtet, und das ist nicht gratis zu haben.

Präsidentin. Wir kommen jetzt zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Grundsätzlich befinden wir uns beim Traktandum 57. Es steht zwar «Gemeinsame Beratung», aber nach Rücksprache mit dem Kommissionspräsidenten befinden wir uns im Moment wirklich beim Traktandum 57. Wir hören aber auch alles, was Sie zu den Traktanden 58 und 59 sagen. Als erster Einzelsprecher hat Grossrat Schlup das Wort.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Wir haben nie gesagt, man solle da nichts machen. Die Leute sind da, also muss man etwas machen. Aber hier geht es schlussendlich um ein Prinzip. Es ist jetzt oft gesagt worden, das Geld sei ausgegeben worden und man könne nichts mehr machen. Aber damit habe ich definitiv Mühe. Das ist bei mir schon fast ein bisschen wie bei einem Schulbus. Der Regierungsrat wartet einfach ab, bis das Referendum und die Abstimmung vorbei sind. Es waren aber nicht 14 Tage, sondern etwa ein Jahr. Es gibt nicht einmal einen Plan B. Man überlegt sich nicht, dass dann vielleicht ein Referendum angenommen werden könnte, und dass dieses bei der Abstimmung durchkommt. Nein, man wartet einfach und sagt dann am Schluss, man könne nichts tun. Das ist für mich keine Arbeit, das geht nicht. Jeder Führungsstab weiss, dass immer ein Plan B vorhanden sein muss; das ist selbstverständlich, ganz besonders bei einem Referendum. Wir haben in der vergangenen Woche viele schmerzhaft Sparvorschläge durchgeboxt. Es waren Sparvorschläge, die uns gestört haben, die Sie gestört haben, und zwar verständlicherweise. Dort haben wir immer erwartet, dass man nicht einfach etwas auflöst, sondern dass man nach anderen Lösungen sucht. Wir erwarten von den zuständigen Stellen, dass sie andere, eben effizientere Möglichkeiten prüfen. Und genau das erwarten wir hier auch. Ich komme damit zur Einsicht, dass das MIP nicht offen ist für neue Ideen, sondern einfach sagt, es gehe nicht und fertig. Deshalb lehne ich diese Kredite ganz klar ab.

Präsidentin. Der Kommissionspräsident der SiK wünscht das Wort nochmals.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Kommissionspräsident der SiK. Wie Thomas Knutti bemerkt hat, war ich bei meinem Votum etwas oberflächlich, indem ich sagte, die Mehrheit stimme diesem Kredit

zu. Ganz genau gab es 9 Ja- und 7 Nein-Stimmen. Wie die Parteien gestimmt haben, verschweige ich natürlich. *(Heiterkeit)*

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Entschuldigung, nur ganz, ganz kurz, einfach wegen der Aussage, das Volk werde hinter das Licht geführt und das Vorgehen sei nicht demokratisch. Ich lese nur kurz einen kleinen Ausschnitt aus der Abstimmungsbotschaft vor, die jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger bekommen hat: «Die Folgen einer Ablehnung des Kredits: Wird der Kredit abgelehnt, steht dem Kanton nicht genügend Geld für das Asylwesen zur Verfügung. Der Grosse Rat hat zwar bereits Kredite gesprochen und diese würden auch weiterhin gelten. Sie würden aber nicht zur Deckung der Kosten ausreichen. Zumindest für das Jahr 2017 müsste der Regierungsrat dem Grossen Rat deshalb wieder zusätzliches Geld beantragen.» Das haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, also einfach gesagt das Volk, gewusst.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Sicher handelt es sich um eine Asyldebatte, vor den Wahlen. Ich bin sehr dankbar, dass Grossrat Zaugg soeben den Passus aus dem Abstimmungsbüchlein vorgelesen hat. Das war auch der Inhalt meiner Aussage am Abend vom 21. Mai. Wir können nicht zaubern. Wir haben Verträge, wir haben einen Vertrag mit der Firma Zihler. Auch wenn Herr Knutti mir vorwirft, ich mache Arbeitsverweigerung und es wäre möglich gewesen, mit der Firma Zihler Verhandlungen aufzunehmen. Die Verhandlungen mit der Firma Zihler sind längst am Laufen, man hat bereits am Juni damit angefangen. Wenn man aber aus einem Vertrag aussteigen will, hat das seinen Preis. So ist nun einmal die Welt. Wir werden im Januar 2018 dem Regierungsrat die Varianten für 2018 und fortfolgende für den Umgang mit den UMA vorlegen. Vorhin war Grossrat Michel Seiler bei mir und hat noch einmal auf seine Motion aufmerksam gemacht. Im Nachgang zur Abstimmung vom 21. Mai hat er eine Motion eingereicht, die Folgendes fordert: «Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) im Kanton Bern folgende Grundsätze zu berücksichtigen: [...] Pflegefamilien [...]» und so weiter. Das ist zum Beispiel ein Element, welches man für eine neue Lösung prüfen muss. Vielleicht könnte der Weg tatsächlich in diese Richtung gehen. Immerhin handelt es sich dabei um einen Vorstoss aus dem Grossen Rat. Er ist nicht ganz abwegig. Einfach damit Sie sehen, dass wir dran sind. Aber beim heutigen Kreditgeschäft geht es um das laufende Jahr. Das Geld im laufenden Jahr hat nicht ausgereicht, wie es im Abstimmungsbüchlein zu lesen war. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kredit für dieses Geschäft und für die beiden anderen zuzustimmen.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg (SVP). Vielen Dank für die Diskussion. Eigentlich ist es schon speziell. Wir diskutieren hier über Kredite, die wir genehmigen sollen, aber die Kohle ist bereits weg. Was wir hier tun, ist eigentlich nur eine Farce. Ganz viele Sprecher schauen nach vorne, wie ich gehört habe. Sie sagen, für das Jahr 2017 sei das Geld weg, und es bringe nichts, die Kredite abzulehnen. Es sind Sprecher, die aber gleichzeitig voller Spannung in die Zukunft schauen, wie der vom Volk abgelehnte UMA-Kredit ab 2018, also ab nächstem Monat eingespart werden soll. Das stimmt mich persönlich zuversichtlich, und ich freue mich darauf, wenn Sie alle Ihr Wort halten und kräftig mithelfen, das Geld ab 2018 einzusparen. Dabei spreche ich nicht von einem einstelligen Millionenbetrag, der dann so wieder ein bisschen «per excusé» genehmigt wird, sondern ich spreche von einer richtigen Einsparung, die den Volkswillen abbildet. Danke für Ihre Mithilfe.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Frau Grossrätin Gschwend, jetzt muss ich doch noch einmal etwas sagen. Es wird nicht wahrer, auch wenn Sie es zimal wiederholen. Das Volk hat dieser Vorlage die Zustimmung verweigert, und der Gesamtbetrag belief sich auf 105 Mio. Franken! Aber das heisst nicht, dass jede neue Vorlage null Franken betrifft. Sonst würde in einer Gemeinde, wenn das Budget abgelehnt wird, das Gemeindebudget im nächsten Jahr null betragen. *(Laut)* Ich wüsste es, wenn dem so wäre, aber so sieht Demokratie nicht aus. Wir werden eine Vorlage bringen, und sie wird tiefere Kosten vorsehen, aber es werden nicht null Franken sein. Und ich bitte Sie doch, dem einigermaßen vernünftigen demokratischen Courant normal hier Rechnung zu tragen, vielen Dank. *(Zurückhaltender Applaus)*.

Präsidentin. Wir kommen zur Abstimmung über das Traktandum 57. Es liegt eine Version 3 mit Rückweisungs-/Änderungsanträgen vor. Wir starten mit dem Rückweisungsantrag SVP/Gschwend. Wer diesen Rückweisungsantrag annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag SVP [Gschwend-Pieren, Lyssach]; Rückweisung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	46
Nein	94
Enthalten	0

Präsidentin. Sie haben den Rückweisungsantrag abgelehnt mit 94 Nein- gegen 46 Ja-Stimmen und bei 0 Enthaltungen.

Jetzt stimmen wir über den Antrag der SiK-Minderheit auf Ablehnung ab. Wer dem Antrag der SiK-Minderheit auf Ablehnung zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag SiK-Minderheit [Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg]; Ablehnung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	46
Nein	93
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben den Antrag der SiK-Minderheit auf Ablehnung abgelehnt mit 93 Nein- gegen 46 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung. Es liegt also ein doppeltes Nein vor, was mit anderen Worten heisst, dass Sie den Kredit so angenommen haben.